

Antragssteller	Datum der Antragsstellung
Anschrift	

Stundungsantrag

Die Gemeinde hat an mich/uns folgende Forderung:

Datum: Aktenzeichen:

Betragshöhe: Fälligkeit:

Ich/wir beantrage/n Stundung mit folgendem Zahlungsvorschlag: € monatliche Rate:

Datum der Ratenzahlung	Betrag €	Datum der Ratenzahlung	Betrag €

Die Gemeinde ist an den Zahlungsvorschlag nicht gebunden. Ratenzahlung unter 50,00 €/ mtl. können i. d. R. nicht gestattet werden.

Begründung des Stundungsantrages:

(Voraussetzung für eine Stundung gem. § 222 AO, § 32 Abs. 1 ThürGemHV ist, dass der Einzug der Forderung am Fälligkeitstag mit einer erheblichen Härte für den Schuldner verbunden ist und der Anspruch nicht gefährdet wird. Der Antrag muss daher sorgfältig begründet werden. Die begründenden Unterlagen sind in Kopie beizufügen.

Eine erhebliche Härte im Fälligkeitszeitpunkt ist gegeben, weil

Liquiditätsstatus:

Ihre Angaben werden von uns auf der Rechtsgrundlage von § 16 ff. Thür. Datenschutzgesetz (ThürDSG) i.V.m. DSGVO erhoben, um nach Maßgabe von § 15 Abs. 1 Nr. 5a ThürKAG i.V.m. §222 Abgabenordnung (AO) über Ihren Stundungsantrag entscheiden zu können. Nach dieser Rechtsvorschrift kann Ihnen eine Stundung nur gewährt werden, wenn die Einziehung der fälligen Forderung in nur einer Summe für Sie eine erhebliche Härte bedeuten würde. Eine erhebliche Härte kann nur angenommen werden, wenn Sie sich auf Grund ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse vorübergehend in ernsthaften Zahlungsschwierigkeiten befinden oder im Falle einer sofortigen Einziehung in diese geraten würden. Ob dies der Fall ist, lässt sich nur an Hand der nach diesem Erhebungsvordruck vorgesehenen Angaben über Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse überprüfen.

Der Erhebungsvordruck „Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse“ ist vollständig ausgefüllt – als Anlage 1- beizufügen! Ohne diese Angaben müsste Ihr Antrag deshalb in jedem Fall als unbegründet abgelehnt werden. Mit der Unterschrift des Antragsstellers erklärt dieser, hiervon Kenntnis genommen sowie wahrheitsgemäße Angaben gemacht zu haben.

.....
Datum

.....
Unterschrift des/der Antragssteller/s

Zur Person

Name, Vorname: Wohnort:

Familienstand:

Beruf:

Beruf des Ehegatten:

Zur Begründung meines/unseres Antrages mache ich folgende Angaben:

1. Anzahl der Familienangehörigen, die vom Antragsteller zu unterhalten sind:

..... Personen
hiervon Kinder im Alter von Jahren
..... Jahren
..... Jahren

2. Hiermit wird versichert, dass der geforderte Beitrag nicht durch ein Kreditinstitut finanziert werden kann.

I. Vermögensverhältnisse

Grundbesitz

	m ²	Lage	Anzahl der Mietparteien
bebauter Grundbesitz			
unbebauter Grundbesitz			

Girokonten

	Bank	Kontostand
1.		
2.		

Sparguthaben

Wenn Sie nicht über Sparguthaben verfügen, lassen Sie sich dies bitte von Ihrem kontoführenden Institut (Girokonto) bestätigen.

	Bank	Kontostand
1.		
2.		

Wertpapiere o. ä.

	Art	Nennwert
1.		
2.		

sonstiges Vermögen

	Art	Wert
1.		
2.		

II. Einkünfte monatlich, netto (jeweils die letzten 3 Einkommensnachweise beifügen)

A. Eigene

1. Aus nichtselbständiger Arbeit (netto)€

2. Aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbständiger Arbeit (Gewinn)€

3. Einkünfte aus Kapitalvermögen (z. B. Zinsen, Lebensversicherung, Darlehensverträge) sowie evtl. Tilgungsraten

Art des Einkommen	Höhe in Euro	Tilgung in Euro
a)		
b)		
c)		

4. Einkünfte aus Vermietung/Verpachtung

4.1. Wohn- und Geschäftsräume	Mieter	Mietzins in Euro
a)		
b)		
c)		

4.2. Verpachtung von unbebauten Grundstücken	Pächter	Pachtzins in Euro
a)		
b)		
c)		

5. Sonstige Einkünfte (z. B. Wohngeld, Krankengeld, Mutterschaftsgeld, Erziehungsgeld, Übergangsgeld, Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz, dem Beamtenversorgungsgesetz, dem Wehrgesetz und sonstigen sozialen Gesetzen)

Art des Leistung	Höhe in Euro
a)	
b)	
c)	

6. Wegen Geringfügigkeit pauschal vom Arbeitgeber versteuerte Einkommen (z.B. Renten oder Unterhaltsleistungen an den allein erziehenden Elternteil und an das Kind)

Art des Leistung	Höhe in Euro
a)	
b)	
c)	

7. Einkünfte nach dem Arbeitsförderungsgesetz, monatlich (z.B. Unterhaltsgeld, Überbrückungsgeld, Übergangsgeld, Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld, Arbeitslosengeld, ALG II, Konkursausfallgeld)

Art des Leistung	Höhe in Euro
a)	
b)	
c)	

B. Einkünfte der zum Haushalt gehörenden Personen monatlich, netto – aus allen zuvor aufgeführten Einkunftsarten (jeweils die letzten 3 Einkommensnachweise beifügen)

	Art des Einkommens	Höhe in Euro
a) Ehegatte		
b) Kinder		
b) Mutter/Vater		

III. Verbindlichkeiten (monatliche Kosten)

- | | |
|---|-----------|
| 1. Miete | Euro |
| 2. Mietnebenkosten | Euro |
| oder | Euro |
| 3. Erbbauzinsen | Euro |
| 4. Grundbesitzangaben (Grund-, Gewerbesteuer, Straßenreinigungsgebühren)..... | Euro |
| 5. Heizkosten (Brennstoff, TÜV, Wartung) | Euro |
| 6. Schornsteinfeger | Euro |
| 7. Instandhaltung | Euro |
| 8. Strom | Euro |
| 9. Wasser | Euro |
| 10. Gas | Euro |
| 11. Müllgebühren | Euro |
| 12. Telefon | Euro |
| 13. Rundfunk- und Fernsehgebühren | Euro |
| 14. Arbeitsmittel | Euro |
| 15. Kontoführungsgebühren | Euro |
| 16. Kindergarten- und Hortbeiträge | Euro |
| 17. Vereinsbeiträge | Euro |
| 18. Hundesteuer | Euro |
| 19. Versicherungen | Euro |
| a) Leben | Euro |
| b) Kranken (privat) | Euro |
| c) Pflegeversicherung (privat) | Euro |
| d) Unfall | Euro |
| e) Wohngebäude | Euro |
| f) Gewässerschaden (Öltank) | Euro |
| g) Hausrat | Euro |
| h) Glas |Euro |
| i) Privathaftpflicht | Euro |
| j) Tierhalterhaftpflicht | Euro |
| k) Rechtsschutz | Euro |
| l) weitere Versicherungen | Euro |
| 20. Kfz-Kosten | Euro |
| Haftpflichtversicherung | Euro |
| Teil-/Vollkaskoversicherung | Euro |
| Insassenunfallversicherung | Euro |
| Steuer | Euro |
| Schutzbrief | Euro |
| Fahrten zur Arbeit | Euro |
| 21. Unterhaltsleistungen | Euro |
| 22. Tilgungsraten für Darlehen (vergleiche hierzu Pos II) | Euro |
| 23. Außerdem habe ich noch folgende Verbindlichkeiten | |
| a) | Euro |
| b) | Euro |
| c) | Euro |
| 24. Kontokorrentkredite | |

	Bank	Kontostand in Euro
a)		
b)		
c)		
	gesamt	

IV. Sonstiges

Die Belege zu meinen Angaben in den Ziffern I. bis III. sind jeweils in Kopie beigelegt.
Abweichend hiervon kann dem Antragsteller in Ausnahmefällen aufgegeben werden, Originalbelege zur Einsicht vorzulegen.

Über die vorstehenden Angaben hinaus trage ich zur weiteren Begründung meines Antrages noch folgendes vor:

Zum Zweck der Überprüfung dieses Antrages wird das Sozialamt ermächtigt, aus den dort vorliegenden Unterlagen Auskünfte über meine Einkommens- und Vermögensverhältnisse zu erteilen.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass

1. die Finanzierung der Beitragsschuld durch ein Kreditinstitut Vorrang vor einer Stundung hat,
2. für die Dauer einer gewährten Stundung Zinsen erhoben werden gemäß § 234 AO in Höhe von 0,5 für jeden vollen Monat bzw. gemäß § 32 GemHVO. Zinsen von weniger als 10 € werden nicht festgesetzt,
3. unvollständige, widersprüchliche oder unrichtige Angaben zur Folge haben, dass der Antrag abgelehnt wird!

Ich/Wir versichern/-e; dass ich/wir die Angaben in diesem Vordruck über meine/unsere Einkommens- und Vermögensverhältnisse vollständig und wahrheitsgemäß gemacht habe.

Ort und Datum

Unterschrift der/s Antragsteller/s

(bei Ehegatten ist der Antrag von beiden zu unterzeichnen)

Hinweise zum Antrag auf Stundung

Voraussetzungen zur Gewährung einer Stundung

Eine Stundung kann in begründeten Ausnahmefällen zur Vermeidung einer erheblichen Härte gewährt werden.

Vor Beantragung einer Stundung sollten Sie deshalb alle anderen Finanzierungsmöglichkeiten (z.B. durch die Aufnahme eines Kredits) ausgeschöpft haben. Zumutbare Einschränkungen in der Lebensführung müssen hingenommen werden. Die Höhe monatlicher Raten sollte an der oberen Grenze Ihrer Leistungsfähigkeit orientiert werden.

Um über den Antrag entscheiden zu können, wird ein Nachweis Ihrer gesamten monatlichen Einnahmen und Ausgaben benötigt (verwenden Sie bitte hierzu den beigefügten Vordruck). Diese sind durch entsprechende Belege nachzuweisen (z.B. Einkommensteuerbescheid, aktuelle Gehaltsmitteilungen, Kontoauszüge). Sofern die Forderung innerhalb eines Jahres getilgt wird, reicht die glaubhafte Darstellung Ihrer derzeitigen Liquidität als Nachweis aus.

Da Sie als Beitragsschuldner/ Beitragsschuldnerin mit Ihrem gesamten persönlichen Vermögen haften, sind auch Angaben über evtl. Sparguthaben oder ähnliche Vermögenswerte (Aktien, Wertpapiere usw.) erforderlich. Sollten keine derartigen Mittel zur Verfügung stehen, ist dies auf dem Vordruck zu vermerken.

Verzinsung des gestundeten Betrages

Der gestundete Betrag ist nach den Bestimmungen der Abgabenordnung bzw. der GemHVO zu verzinsen. Die Zinsen betragen 0,5 % pro vollen Monat. Sie werden von der auf den nächsten durch fünfzig Euro teilbaren Betrag abgerundeten Schuldsumme berechnet. Die Festsetzung unterbleibt, wenn die Zinsen weniger als 10 € betragen.

Verspätete Antragstellung

Der Antrag auf Stundung ist grundsätzlich vor Fälligkeit der Forderung bei der Finanzbehörde zu stellen. Später eingehenden Anträgen kann nicht zugestimmt werden.

Ein Rechtsanspruch auf eine Stundung besteht nicht!